

MINISTERIEN-CHECK

Der Machtindex der neuen Regierung



/ MINISTERIEN-CHECK

/	Wie mächtig sind die Ministerinnen und Minister?	2
/	Bundeskanzleramt.....	5
/	Vizekanzleramt und Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport.....	6
/	Bundesministerium für Finanzen	7
/	Bundesministerium für Wirtschaft, Energie, Tourismus	8
/	Bundesministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Konsumentenschutz.....	9
/	Bundesministerium für Verkehr, Infrastruktur und Technologie.....	10
/	Bundesministerium für Inneres und Asyl.....	11
/	Bundesministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klima	12
/	Bundesministerium für Justiz	13
/	Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung.....	14
/	Bundesministerium für Äußeres	15
/	Bundesministerium für Bildung	16
/	Bundesministerium für Landesverteidigung	17
/	Kanzleramtsministerin für Familie, Jugend, EU und Integration.....	18
/	Methodik.....	19

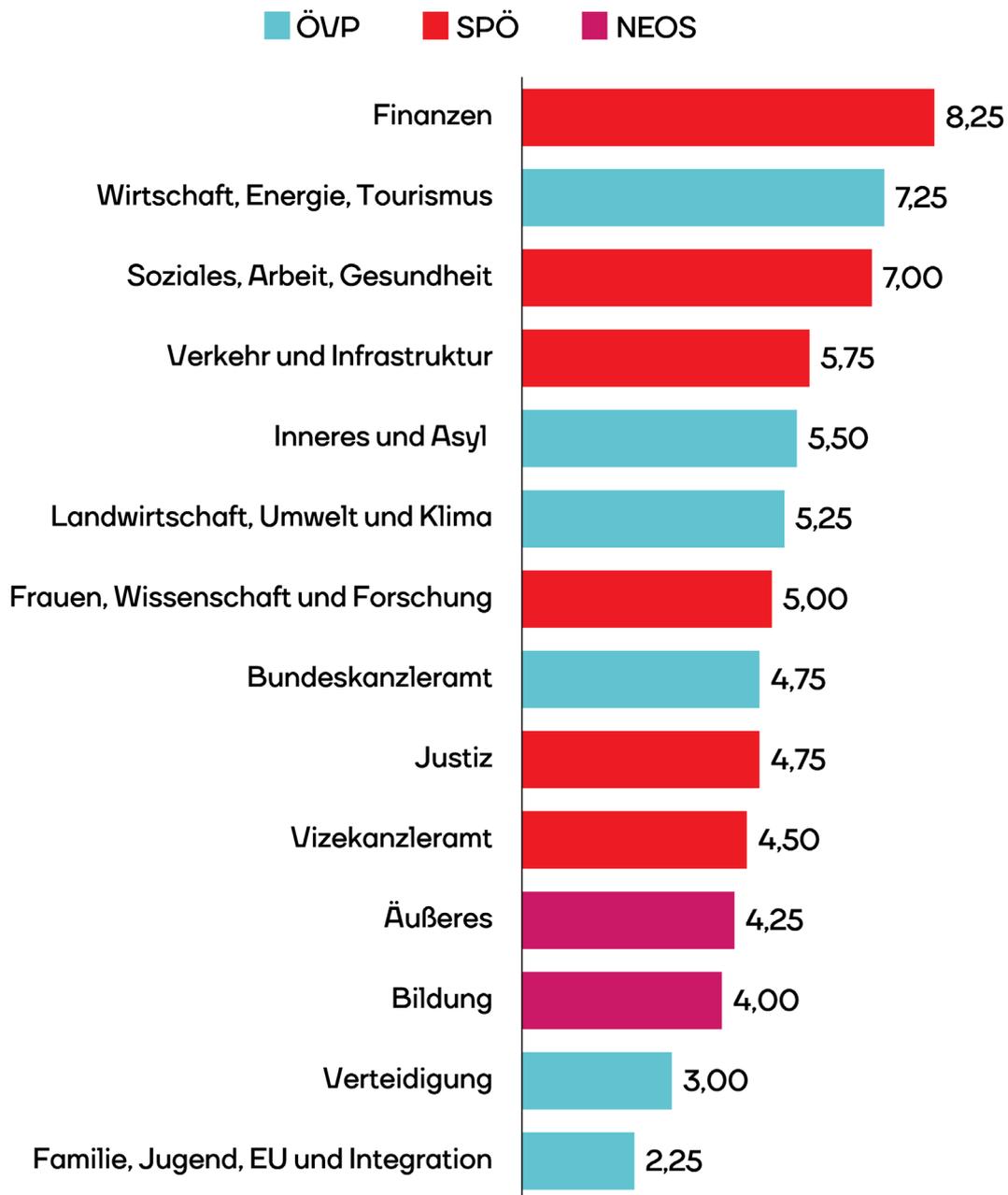
Änderungen (Stand 11.03.2025):

Aufgrund einer genaueren Aufteilung der Zuständigkeiten, ist der Einsparungsbedarf der Ministerien aktualisiert. Damit kommt es vereinzelt zu Änderungen der Machtpunkte. An der Reihenfolge der Ministerien nach Machtpunkten ergibt sich dadurch keine Änderung.

/ Wie mächtig sind die Ministerinnen und Minister?

Die Ressortverteilung der neuen Regierung ist so gut wie fix: Wer konnte sich in den Verhandlungen Macht, Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten sichern? Wie mächtig sind die jeweiligen Ressorts in türkiser, roter oder pinker Hand? Und: Spiegelt sich das Wahlergebnis im Verhandlungsergebnis wider?

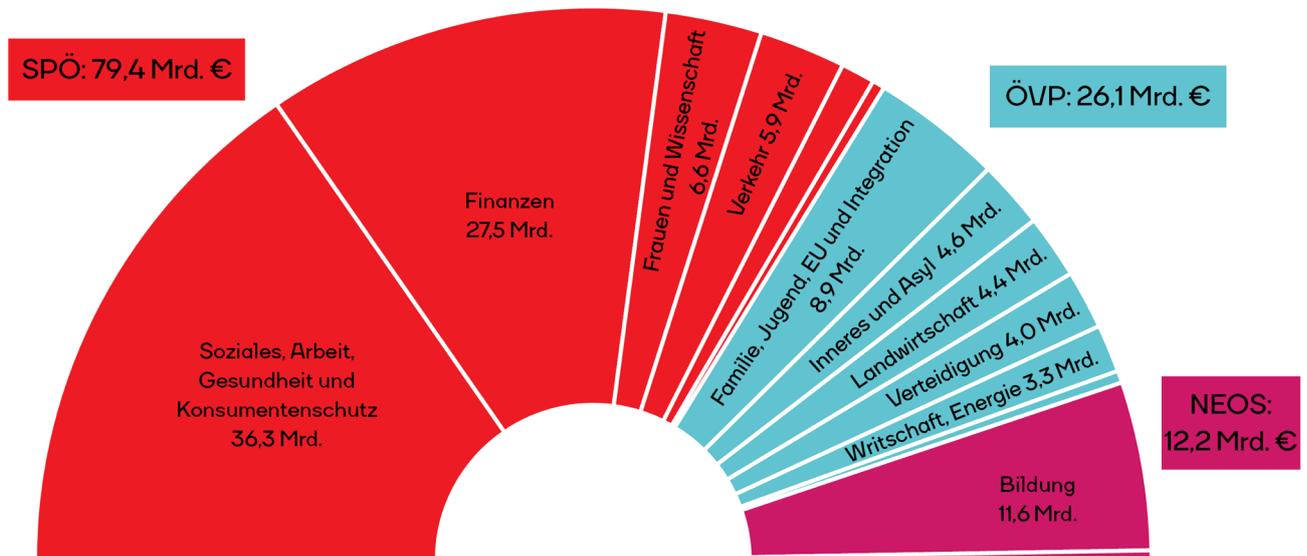
Ministerien-Check: Machtindex



Anmerkung: Machtindex beruht auf Personal, Budget, Einsparungen, legislativer Kompetenz, wichtigen Beteiligungen, politischer Sichtbarkeit, durchschnittlicher Beliebtheit sowie Relevanz der jeweiligen EU-Räte.

Die politische Macht und der Einfluss der jeweiligen Ressorts setzen sich aus unterschiedlichen Faktoren zusammen. Ein Faktor ist das vorhandene Budget, das formal unter der Kontrolle der Minister:innen steht. Hier schneidet die SPÖ besonders gut ab, da sie mit dem Sozial- und dem Finanzministerium jene Ministerien mit den größten finanziellen Mitteln erhält.

Ministerien-Check: Wer kontrolliert wie viel Budget?

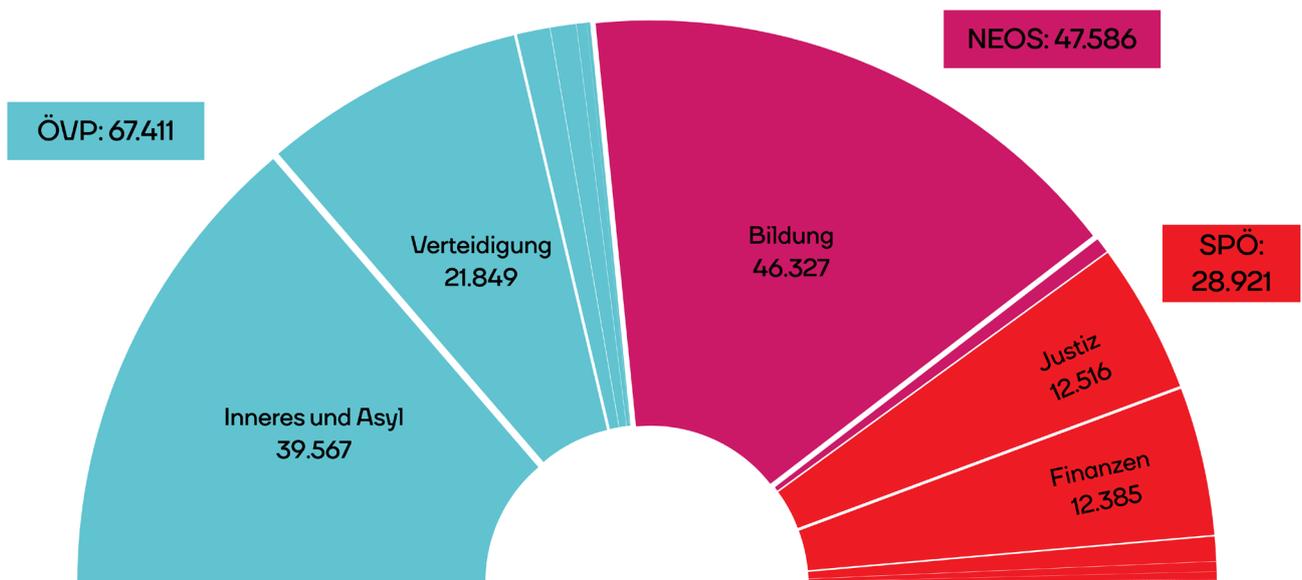


Quelle: BMF, eigene Berechnung
Anmerkung: Budget nach vorläufigem Erfolg 2024.

MOMENTUM
/INSTITUT

Umgekehrt sieht es beim Personal aus. Der ÖVP und den NEOS unterstehen besonders viel Bundespersonal, unter anderem die Polizei, das Bundesheer und die Lehrer:innen. Berücksichtigt man weiters die indirekte Kontrolle über die ausgegliederten Unternehmen und nachgelagerten Behörden des Bundes sowie deren Beschäftigte, wertet das vor allem die Macht des Infrastrukturministeriums (SPÖ), des Wirtschaftsministeriums (ÖVP) und des Frauen- und Wissenschaftsministeriums (SPÖ) auf.

Ministerien-Check: Wer kontrolliert wie viel Personal?



Quelle: BMF, eigene Berechnung
Anmerkung: Personal nach Planstellen 2024.

MOMENTUM
/INSTITUT

Doch die künftige Gestaltungsmacht der Minister:innen hängt nicht nur von der Höhe des Budgets oder der Anzahl des Personals ab. Die Höhe des Ressortbudgets sagt beispielsweise noch nichts über den tatsächlichen Gestaltungsspielraum aus: So hat der Bildungsminister formal zwar das drittgrößte Budget, real ist aber ein Großteil durch die Gehälter der Lehrer:innen oder Mieten gebunden. Der Momentum-Machtindex berücksichtigt daher auch „weichere“ Faktoren, die auf Einschätzungen von Expert:innen beruhen: Der Gestaltungsspielraum bei der

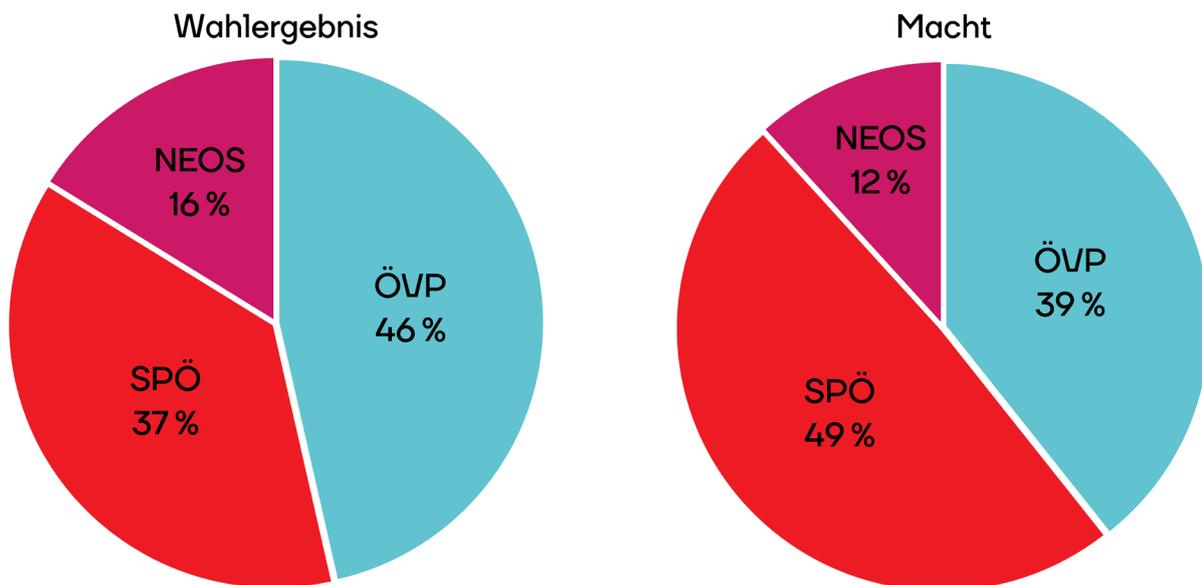
Budgetverwendung, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Themen des Ressorts, der europapolitische Einfluss, und die wichtigsten Rechtsmaterien, sowie ausgliederten und nachgelagerten Einheiten im Aufgabenbereich des jeweiligen Ressorts.

Zwei weitere Faktoren vervollständigen das Bild: die Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen anhand von Meinungsumfragen sowie der anstehende Einsparbedarf. Speziell für diese Regierung wird die budgetäre Handlungsfähigkeit der Minister:innen dadurch beschränkt, wie viel sie jeweils auf Basis des Sparpakets 2025 im eigenen Haus einsparen müssen.

Für jeden dieser zehn Faktoren erhält eine bzw. ein Minister:in minimal null und maximal einen Punkt. Das Maximum des Machtindex beträgt daher 10 Punkte. Den höchsten Wert im Machtindex erreicht das Finanzministerium. Mit einem Ergebnis von 8,25 ist Markus Marterbauer der einflussreichste Minister der SPÖ, knapp hinter ihm landet Wolfgang Hattmannsdorfer von der ÖVP als Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus. Ebenfalls einen Stockerlplatz erreicht Korinna Schumann von der SPÖ als Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Konsumentenschutz. Die einflussreichste NEOS-Ministerin in der neuen Regierung ist Beate Meisl-Reisinger, die das Außenministerium leitet.

Im Vergleich des Stimmverhältnisses der vergangenen Nationalratswahl und des Machtindex zeigt sich, dass die SPÖ in den Verhandlungen das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verschieben konnten. Das Wahlergebnis der NEOS spiegelt sich weitgehend auch in der Koalition wider, sie stärken ihre Position im Vergleich minimal. Die ÖVP hingegen muss Macht und Einfluss in der Dreier-Koalition einbüßen.

Ministerien-Check: Wahlergebnis und Machtindex



Lesebeispiel: Mit 37 Prozent Kraftverhältnis durch das Wahlergebnis hat sich die SPÖ knapp die Hälfte der in den Ministerien gebündelten Macht gesichert.

/ Bundeskanzleramt

Bundeskanzler: Christian Stocker (ÖVP)

Staatssekretär: Alexander Pröll (ÖVP)



Als designierter Bundeskanzler der geplanten Regierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS ist Christian Stocker (ÖVP) derjenige, der gemeinsam mit Vizekanzler Andreas Babler (SPÖ) das letzte Wort in allen wesentlichen Fragen hat. Als Kanzler trägt Stocker die Gesamtverantwortung für die Regierung, die auf seinen Vorschlag hin von Bundespräsident Alexander Van der Bellen angelobt wird. Zwar hat der Kanzler kein Weisungsrecht über die anderen Minister, die ihre Ressorts eigenständig leiten, jedoch verfügt er über eine in der Verfassung festgeschriebene Koordinationskompetenz. Dadurch kann das Kanzleramt über sogenannte „Spiegel“-Referent:innen auf Beamt:innen- und Kabinettssebene in jedes Ministerium hineinwirken. Zusätzlich ist der Bundeskanzler der Hauptvertreter Österreichs bei den EU-Institutionen in Brüssel.

Inhaltlich hat das Kanzleramt weitere Kompetenzen. Für den Kanzler waren zum Beispiel vier gut ausgestattete Abteilungen für Medienanalyse, Medienbetreuung, digitale Kommunikation und Informationsinitiativen von Vorteil, die das Image des Kanzlers und der Regierung steuern sollen. Das Budget für Zeitungsinserate war ebenfalls ein zentraler Machtfaktor des Bundeskanzleramts. Die eigentlich unabhängige Statistik Austria, mit über 800 Beschäftigten, ist eine bedeutende ausgegliederte Institution, die dem Bundeskanzleramt unterstellt ist.

Als eigenständiges Ministerium ist das Bundeskanzleramt trotz vieler Kompetenzen eher im Mittelfeld anzusiedeln. Seine Macht resultiert vor allem aus dem politischen Einfluss des Kanzlers selbst und der Doppelfunktion als Parteichef, der die formal weisungsfreien Minister auf Linie hält.

In seiner Funktion wird Stocker von Alexander Pröll als Staatssekretär unterstützt, der die Koordination und Abstimmung der Regierung übernehmen wird. Weil ein Bundeskanzler viel unterwegs ist, wird er auch die Aufgabe haben, im Ministerium für Ruhe sorgen und die Regierungskoordination zu übernehmen. Er war zuvor Generalsekretär der ÖVP.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 0,8 Mrd. Euro	0,25
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): sehr gering	0
	Einsparungsbedarf: hoch (2,4 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	0,25
Personal	Planstellen im Ministerium: 824	0,25
	Beschäftigte in Beteiligungen: 973	0,25
Zuständigkeiten	Ausgegliederte und nachgelagerte Einheiten: Einfluss auf Spitzenpersonal und strategische Ausrichtung. Statistik Austria, KommAustria, Bundesverwaltungsakademie	0,5
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Bundesstatistikgesetz, Bundesministeriengesetz, Beamten- und Vertragsbediensteten-Dienstrechtgesetz, Vergabegesetz, Gleichbehandlungsgesetz, Ausschreibungsgesetz, Bezügegesetz	0,25
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: sehr hoch	1
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: + 4,4	1
Einfluss in der EU	Mitglied des Europäischen Rats der Regierungschefs, Rat für Allgemeine Angelegenheiten, Zentrale Koordinierungsfunktion	1
Machtindex	Summe der Punkte	4,75

/ Vizekanzleramt und Bundesministerium für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport



Vizekanzler: Andreas Babler (SPÖ)

Staatssekretärin: Michaela Schmidt (SPÖ)

Andreas Babler (SPÖ) übernimmt das Amt des Vizekanzlers und ist künftig für das Kunst- und Kulturressort zuständig, das zuvor eigenständig als Staatssekretariat geführt wurde. Als Vizekanzler spielt Babler eine zentrale Rolle in der Regierung.

Als Sportminister wird der ehemalige Bürgermeister von Traiskirchen künftig über ein kleines Budget von rund 230 Millionen Euro verfügen. Davon fließt ein Großteil in die Sportförderung. Wie er sich gegenüber den mächtigen Sportverbänden ASKÖ (SPÖ), ASVÖ (unabhängig) und Sportunion (ÖVP) behaupten wird, bleibt abzuwarten.

Mit der Regierungsumbildung entfällt das eigenständige Staatssekretariat für Kunst und Kultur. Das Ressort wird künftig direkt vom Vizekanzler verantwortet und verfügt weiterhin über ein Budget von 620 Millionen Euro. Ein Großteil der Mittel ist für bestehende Kultureinrichtungen wie die Bundestheater und -museen gebunden.

Die Bestellung von Theater- und Museumsdirektoren bleibt eine zentrale Aufgabe des Ressorts. Der Vizekanzler steht vor der Herausforderung, zwischen etablierten Kultureinrichtungen und kleineren Kunstinitiativen abzuwägen. In Zeiten von starkem Budgetdruck keine einfache Aufgabe. Während große Institutionen eine starke Lobby haben, kämpfen kleinere Projekte um Fördermittel. Die kulturpolitischen Entscheidungen in diesem Bereich sind oft umstritten und bringen sowohl Zustimmung als auch Kritik mit sich. Trotz der finanziellen Bedeutung des Ressorts bleibt die öffentliche Aufmerksamkeit für kulturpolitische Entscheidungen meist auf eine interessierte Fachöffentlichkeit beschränkt. Im Vergleich zu anderen Ministerien ist das Kulturressort in der Gesamregierung von geringerer politischer Tragweite.

In seiner Funktion wird er von der bisherigen Nationalratsabgeordneten Michaela Schmidt als Staatssekretärin unterstützt. Sie wird wohl gemeinsam mit ihrem Gegenpart im Bundeskanzleramt die Regierungskoordination übernehmen.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 0,8 Mrd. Euro	0,25
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): gering	0,25
	Einsparungsbedarf: sehr gering (0,6 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	1
Personal	Planstellen im Ministerium: 553	0,25
	Beschäftigte in Beteiligungen: 4.365	0,5
Zuständigkeiten	Ausgliederte und nachgelagerte Einheiten: Bundessporteinrichtungen und Anti-Doping Agentur, Bundesmuseen, Bundestheater, Museumsquartier, Filminstitut	0,5
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Bundessportförderungsgesetz, Bundesmuseen- und Bundestheatergesetz, Kunst- u. Filmförderung	0,5
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: sehr hoch	1
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: - 3,4	0
Einfluss in der EU	Vertretung des Bundeskanzlers, Sportministerrat, Medienministerrat, Kulturministerrat mit eingeschränkter Kompetenz	0,25
Machtindex	Summe der Punkte	4,5

/ **Bundesministerium für Finanzen****Minister: Markus Marterbauer (SPÖ)**

Staatssekretärin: Barbara Eibinger-Miedl (ÖVP)



Markus Marterbauer wird als Finanzminister die wichtigste Figur der Regierung nach dem Bundeskanzler und Vizekanzler. Der bisherige Chefökonom der Arbeiterkammer Wien hat die heikelste politische Aufgabe der neuen Regierung: Er muss Sparpakete schnüren. Aufgrund der europäischen Budgetregeln muss mit großem Zeitdruck das geplante Sparpaket 2025 umsetzen. Spätestens im Mai wird er ein Doppelbudget 2025/26 vorlegen, und damit ein weiteres Sparpaket für das kommende Jahr präsentieren. Eine Chance für Marterbauer ist, dass er einen Teil der fälligen Budgetsanierung mit dem siebenjährigen Konsolidierungspfad auf die kommende Regierung abschieben kann. Mit etwas Pech gerät Österreich jedoch noch heuer in ein EU-Defizitverfahren, sofern das prognostizierte Budgetdefizit 2025 über drei Prozent beträgt. Während er dieses „Versagen“ zu Beginn noch den ehemaligen ÖVP-Finanzministern umhängen kann, wird das mit zunehmender Zeit im Amt den Medien und der Öffentlichkeit gegenüber immer schwerer.

Wer am Geldhebel sitzt, hat trotz allem viel Macht. Mitarbeiter:innen des Finanzministeriums erstellen das Bundesbudget und nehmen die Steuern und Abgaben durch die Finanzämter ein, führen Betriebsprüfungen durch und bereiten Änderungen im Steuerrecht vor. Im Rahmen der Budgeterstellung übermittelt es Budgetentwürfe nach Brüssel und berechnet den Rahmen für zur Verfügung stehende Mehrausgaben. Einen weiteren Strich durch die Rechnung könnte dem Finanzminister die schwache Wirtschaft machen. Kommt etwa das dritte Jahr in Folge mit leicht schrumpfender Wirtschaftsleistung, brechen die Steuereinnahmen weiterhin weg. Das erschwert die Budgetsanierung. Auf europäischer Ebene ist der Finanzministerrat nach dem Europäischen Rat (Regierungschefs) der wichtigste. Der Finanzminister ist Teil der Eurogruppe, des ECOFIN (EU-Finanzministerrat) und verhandelt den EU-Budgetrahmen.

Die ÖBAG wandert aus dem Finanzministerium ins türkise Wirtschaftsministerium und mit ihr Unternehmensbeteiligungen wie Post, Verbund und OMV. Das geschieht aus großkoalitionärer Logik, denn die zweite große Gruppe an ausgegliederten Unternehmen bleibt im roten Infrastrukturministerium (ÖBB, ASFINAG, usw.).

Während der Beamtenminister die Planstellen-Liste kontrolliert (welches Ministerium hat wie viele Stellen und in welcher Gehaltshöhe), muss Marterbauer die Mittel dafür zur Verfügung stellen. Seitens der ÖVP wird das wichtige Staatssekretariat im Finanzressort wohl mit der bisherigen steirischen Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl besetzt.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 27,5 Mrd. Euro	1
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): sehr hoch	1
	Einsparungsbedarf: sehr gering (0,3 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	1
Personal	Planstellen im Ministerium: 12.385	1
	Beschäftigte in Beteiligungen: 7.702	0,75
Zuständigkeiten	Ausgegliederte und nachgelagerte Einheiten: Führungspersonal Finanzämter, FMA, ÖBFA, ABBAG, KA Finanz, AG, Bundesbeschaffung, Bundespensionskasse, BRZ, uvm.	0,75
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Diverse Abgabenänderungsgesetze, Budgetbegleitgesetz	0,75
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: sehr hoch	1
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: - 0,5	0
Einfluss in der EU	ECOFIN-Rat, Eurogruppe, Telekommunikationsrat	1
Machtindex	Summe der Punkte	8,25

/ Bundesministerium für Wirtschaft, Energie, Tourismus

Minister: Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP)

Staatssekretärin: Elisabeth Zehetner (ÖVP)



Der Aufstieg von Wolfgang Hattmannsdorfer geht weiter. Im Vorjahr noch oberösterreichischer Landesrat, seit Jahresbeginn Generalsekretär der Wirtschaftskammer, weiter zum Bundesminister. Das große Geldverteilen während Corona und der Teuerung hat ein Ende. Milliardenschwere Förderungen wie die Investitionsprämie oder Energiekostenzuschuss 1 & 2 für Unternehmen laufen aus. Derweil liegen die Industrie und der Hochbau konjunkturell danieder. Der wirtschaftliche Druck auf den Minister wird weitergehen. Rückendeckung erhält er von gleich zwei unternehmernahen Parteien in der Regierung (ÖVP, NEOS), Gegenwind jedoch neben der SPÖ auch vom klammen Budget. Lohnnebenkosten-Senkungen oder weniger Steuern auf Unternehmensgewinne sind da eher nicht machbar. Das Ministerium verfügt über ausgedehnte, nicht immer kohärent erscheinende Kompetenzen. Klassische nationale bzw. europäische Aufgabengebiete betreffen legislativ das Wettbewerbs-, Beihilfen, und Gewerberecht, die technische Normensetzung, die Digitalisierung, aber auch die Unternehmensansiedlung. Der Großteil der Auszahlungen, die für das Wirtschaftsressort budgetiert sind, fallen in Form von „Transferzahlungen an die Wirtschaft“ an. Das Ressort ist zudem für die Hälfte der angewandten Forschung der Republik (FFG) zuständig. Gemeinsam mit dem Verkehrs- und Infrastrukturministerium vergibt das Wirtschaftsministerium Forschungsförderung. Das Kriterium „Förderung des Klimaschutzes“ wird für die Vergabe künftig wohl wegfallen. Die Beteiligung an Verhandlungen über EU-Außenhandelsabkommen mit Drittstaaten war bisher ein Herzstück des Wirtschaftsministeriums. So möchte etwa die EU-Kommission das Freihandelsabkommen der EU mit der südamerikanischen Freihandelszone MERCOSUR in den Mitgliedsländern ratifizieren lassen – ein Zanapfel innerhalb der Dreier-Koalition aber auch innerhalb der ÖVP selbst. Außerdem wandern die in der ÖBAG gesammelten ausgegliederten Einheiten vom Finanzministerium zum Wirtschaftsministerium. Die ÖVP sichert sich damit Einfluss über viele Staatsbetriebe. Ob der neue Wirtschaftsminister auch willens ist, etwa eine neue mittelfristige Industriestrategie für Österreich auszuarbeiten, bleibt abzuwarten. Unterstützt wird der Minister durch Staatssekretärin Elisabeth Zehetner (ÖVP) für die Themen Energie, Tourismus, Start-Ups.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 3,3 Mrd. Euro	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): sehr hoch	1
	Einsparungsbedarf: sehr gering (0,5 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	1
Personal	Planstellen im Ministerium: 2.138	0,5
	Beschäftigte in Beteiligungen: 70.892	1
Zuständigkeiten	Ausgegliederte und nachgelagerte Einheiten: ÖBAG (mit Verbund, Post, Casinos, OMV-Anteil, BIG), FMA, OeNB, Führungspersonal in Austrian Business Agency, Tiergarten und Schloss Schönbrunn, gemeinsam mit Verkehrsministerium in AWS und FFG, E-Control, Umweltbundesamt, Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, Bundeswettbewerbsbehörde	1
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Wettbewerbsgesetz, Gewerberecht, Wohngemeinnützigkeitsgesetz, Ausbildungsordnungen, Gesetze zu Energie (Ökostrom, Elektrizitätswirtschaft, Gaswirtschaft)	0,5
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: mittel	0,5
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: + 4,5	1
Einfluss in der EU	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Wirtschaft, Handel, Binnenmarkt, Industrie), Energieministerrat	0,25
Machtindex	Summe der Punkte	7,25

/ Bundesministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Konsumentenschutz



Ministerin: Korinna Schumann (SPÖ)

Staatssekretärin: Ulrike Königsberger-Ludwig (SPÖ)

Korinna Schumann (SPÖ) übernimmt als erfahrene Sozialpolitikerin das Amt der Sozial- und Arbeitsministerin. Mit den Sozialausgaben des Bundes für Pensionen, Pflege, Gesundheit und Arbeitsmarktmaßnahmen verwaltet sie mit über 36 Milliarden Euro das größte Budget aller Ministerien. Das Sozialministerium bleibt damit ein inhaltliches Schwergewicht in der Republik und hat mehr Gestaltungsspielraum als in der letzten Regierungsperiode, da der Bereich Arbeit – inklusive Arbeitsmarktpolitik, AMS und Arbeitsrecht – nun wieder im Ministerium angesiedelt ist. Die Verwaltung eines Großteils des Budgets ist zwar zweckgebunden oder fungiert oftmals als Durchlaufposten (etwa bei den Pensionen), doch durch die Rückführung der Arbeitsmarkttagenden hat Schumann wieder mehr Möglichkeiten für gezielte Programme, etwa zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Arbeitsmarktpolitik ist zudem ein zentrales Feld, um auf wirtschaftliche Entwicklungen zu reagieren – sei es durch Qualifizierungsmaßnahmen oder die Einführung von Kurzarbeitsmodellen in wirtschaftlich angespannten Zeiten.

Das Ministerium hat großen politischen Einfluss, da der soziale Ausgleich in Österreich einen breiten gesellschaftlichen Konsens genießt. Sozial- und Arbeitsminister:innen können mit Unterstützung der Öffentlichkeit auch gegen den Widerstand des Koalitionspartners Druck ausüben. Gleichzeitig erfordert das Ressort enge Verhandlungen mit Stakeholdern wie Sozialversicherungen, Gewerkschaften, Kammern und den Bundesländern. Besonders das Wirtschaftsministerium als „Spiegelressort“ spielt bei vielen Fragen eine zentrale Rolle – von Lohnverhandlungen bis hin zu Förderprogrammen für Unternehmen. Die nächste Legislaturperiode wird von der Vorbereitung auf den demografischen Wandel geprägt sein. Dieser ist zwar finanzierbar, benötigt aber gezielte gesetzliche Reformen und Investitionen in soziale Infrastruktur. Besonders drängend sind die Pflegefinanzierung und der Ausbau von Pflege- und Betreuungseinrichtungen – ein Bereich, in dem Schumann nicht nur Verwaltung, sondern auch Gestaltungsmacht hat. Als Gesundheitsministerin muss sie der zunehmenden Zahl von Wahlärzt:innen und dem gleichzeitigen Mangel an Kassenärzt:innen im ländlichen Raum entgegenwirken. Die Einflussmöglichkeiten sind begrenzt, da Länder, Sozialversicherungen und die Ärztekammer erhebliches Mitspracherecht haben. Dennoch kann sie Akzente setzen – sei es durch neue Anreizmodelle für Kassenärzt:innen oder Verbesserungen bei den Primärversorgungseinheiten. Die bisherige niederösterreichische Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig soll das Ressort als Staatssekretärin unterstützen.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 36,3 Mrd. Euro	1
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): mittel	0,5
	Einsparungsbedarf: sehr gering (0,4 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	1
Personal	Planstellen im Ministerium: 2.043	0,5
	Beschäftigte in Beteiligungen: 7.834	0,75
Zuständigkeiten	Ausgegliederte und nachgelagerte Einheiten: AGES, Gesundheit Österreich GmbH, Behindertenanwalt, AMS, Insolvenz-Entgelt-Fonds, SMS	0,75
	Zugeordnete Rechtsmaterien: ASVG; Gesetze zu Gesundheits- und Ernährungssicherheit, Sozialhilfe, Sozialversicherung, Bundespflegegeld, Behinderung, Arbeitszeit, Urlaub, AMS, Ausländerbeschäftigung	1
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: hoch	0,75
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: + 3,6	0,5
Einfluss in der EU	Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz	0,25
Machtindex	Summe der Punkte	7,0

/ Bundesministerium für Verkehr, Infrastruktur und Technologie

Minister: Peter Hanke (SPÖ)



In der aktuellen Regierungsbildung übernimmt der langjährige Wiener Finanzstadtrat Peter Hanke (SPÖ) das Infrastrukturministerium, das nun wieder stärker den Zuschnitt früherer Jahre aufweist, ähnlich wie zu Zeiten von Doris Bures.

Dieses Ministerium spielt eine zentrale Rolle in der Entwicklung des Landes, insbesondere im Bereich Infrastruktur und Verkehr. Es verfügt über eines der größeren Budgets und fungiert neben dem Finanzministerium als bedeutende Beteiligungsagentur der Republik. Ausgliederte Einheiten wie die ÖBB und die ASFINAG, verantwortlich für Bau und Instandhaltung des Verkehrsnetzes, sind finanzpolitische Schwergewichte und zählen zu den größten Arbeitgebern Österreichs. Der Großteil der budgetierten Ausgaben fließt in die Bereiche Infrastrukturplanung und Verkehr. Durch die Kontrolle über diese Einheiten bildet das Ministerium ein zentrales Machtzentrum innerhalb der Regierung. Obwohl Infrastrukturprojekte langfristig geplant werden, bieten Verschiebungen einzelner Projekte dennoch gewisse Handlungsspielräume.

Der Bereich Umwelt, Energie und Klima verbleibt im Umweltministerium, das von einer anderen Ressortleitung geführt wird. Für die Erreichung der Klimaziele ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Infrastrukturministerium und dem Umweltministerium essenziell. Notwendige Gesetzesänderungen im Energiebereich erfordern die Zustimmung der Koalitionspartner, wobei Hanke auf die Expertise seines Ministeriums zurückgreifen kann.

Ein weiterer bedeutender Bereich ist die Forschung, für die das Ministerium zuständig ist. Die angewandte Forschung ist stark industrienah ausgerichtet, was zu Verflechtungen mit dem Wirtschaftsministerium führt, beispielsweise durch die gemeinsame Trägerschaft von Institutionen wie dem Austria Wirtschaftsservice (aws) und der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG).

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 5,9 Mrd. Euro	0,75
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): sehr hoch	1
	Einsparungsbedarf: mittel (1,1% Sachaufwand des Ressortbudgets)	0,5
Personal	Planstellen im Ministerium: 823	0,25
	Beschäftigte in Beteiligungen: 49.657	1
Zuständigkeiten	Ausgliederte und nachgelagerte Einheiten: Besetzung von Vorstandsposten (ASFINAG, ÖBB, Austro Control, Via Donau Wasserstraßen, Austria Tech, Lokalbahnen), FFG (zur Hälfte), AIT, Silicon Austria Labs, KLIEN (zur Hälfte)	1
	Zugeordnete Rechtsmaterien: ASFINAG-Gesetz, Bundesbahngesetz	0,5
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: gering	0,25
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: - 3,5	0
Einfluss in der EU	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Technologie, Weltraum), Verkehrsministerrat	0,5
Machtindex	Summe der Punkte	5,75

/ Bundesministerium für Inneres und Asyl

Minister: Gerald Karner (ÖVP)

Staatssekretär: Jörg Leichtfried (SPÖ)



Gerhard Karner (ÖVP) bleibt in der neuen Regierung als Innenminister im Amt. Seit seiner Ernennung am 6. Dezember 2021 leitet er das Bundesministerium für Inneres (BMI) und ist verantwortlich für die innere Sicherheit Österreichs sowie für die Bereiche Asyl und Migration. Zuvor war Karner unter anderem als Bürgermeister von Textingtal und als Landesgeschäftsführer der Volkspartei Niederösterreich tätig. Das BMI verfügt über eines der größten Budgets. 2024 beträgt das Sicherheitsbudget rund 4 Milliarden Euro, was deutlich höher ist als im Vorjahr. Ein Großteil dieses Budgets ist für die Landespolizeidirektionen vorgesehen, einschließlich Personalkosten für Exekutivbedienstete und Sachkosten für Einrichtungen wie Polizeistationen. Weitere Mittel fließen in spezialisierte Bereiche wie den Katastrophenschutz und die Spezialeinheit Cobra.

Karner verfolgt weiterhin eine strikte Migrationspolitik. Zu den Kernmaßnahmen zählen verstärkte Grenzkontrollen, beschleunigte Asylverfahren und eine restriktive Anerkennungspolitik. Die Zahl der Asylanträge ist zuletzt gesunken, was auch auf bilaterale Rücknahmeabkommen mit Nachbarländern und verstärkte Maßnahmen gegen illegale Migration zurückzuführen ist. Der Bereich Asyl & Migration bleibt jedoch ein potenzieller Konfliktpunkt in der Regierung, vor allem mit anderen Ministerien, die für Integration und auswärtige Beziehungen zuständig sind. Neben dem migrationspolitischen Fokus wird sich Karner auch mit innenpolitischen Herausforderungen befassen müssen. Ein wichtiger Punkt bleibt die Reform der Sicherheitsbehörden, insbesondere nach den Diskussionen rund um das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Eine allfällige Neubesetzung von Landespolizeidirektoren erfolgen in enger Abstimmung mit den Landeshauptleuten.

Wie sich das Verhältnis zwischen dem BMI und dem Justizministerium entwickelt, bleibt abzuwarten. Während das BMI für den Bereich Strafverfolgung und Exekutive zuständig ist, fallen zentrale juristische Entscheidungen in die Kompetenz der Justizministerin. Konflikte zwischen den Ressorts könnten vor allem bei Themen wie Polizeibefugnissen, Datenschutz oder der Aufarbeitung vergangener Skandale auftreten. Entscheidend wird sein, inwieweit diese Differenzen hinter verschlossenen Türen gelöst werden oder öffentlich für Spannungen sorgen.

Der frühere Verkehrsminister Jörg Leichtfried soll als Staatssekretär im Innenministerium für den Staatsschutz zuständig werden.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 4,6 Mrd. Euro	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): gering	0,25
	Einsparungsbedarf: hoch (2,3 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	0,25
Personal	Planstellen im Ministerium: 39.567	1
	Beschäftigte in Beteiligungen: 1.043	0,5
Zuständigkeiten	Ausgegliederte und nachgelagerte Einheiten: Landespolizeidirektionen (teils), Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, Cobra, BK, Geheimdienst DSN, Österr. Integrationsfonds, Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen	0,75
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Vereinsgesetz, Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht, Staatsbürgerschaftsgesetz, Nationalrats-Wahlordnung, Islamgesetz, Integrationsgesetz, uvm.	1
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: hoch	0,75
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: - 13,0	0
Einfluss in der EU	Justiz und Inneres (Innenministerrat, u.a. Schengen)	0,5
Machtindex	Summe der Punkte	5,5

/ Bundesministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klima

Minister: Norbert Totschnig (ÖVP)



Mit der Neuaufteilung der Ministerien kehrt das Klimaressort zurück in den Zuständigkeitsbereich der Landwirtschaft unter den bisherigen ÖVP-Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig. Damit rückt es wieder näher an agrarische Interessen – eine Entwicklung, die nicht ohne politische Brisanz ist.

Das Landwirtschaftsministerium zählt traditionell zu den finanzkräftigen Ressorts. Neben den nationalen Agrarsubventionen verwaltet es erhebliche Mittel aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und verteilt nicht unerhebliche Mittel, im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Auch beim Personal gehört das Ministerium zu den gut ausgestatteten: Von den Förderstellen über die Bundesforste bis hin zur Agrarmarkt Austria verfügt es über ein weitreichendes administratives Netzwerk. Die Rückkehr des Klimaressorts bringt zusätzliche Aufgaben.

Innerhalb der Regierung bleibt das Ministerium eine Bastion der ÖVP, die seit Jahrzehnten enge Verbindungen zur Landwirtschaftskammer und den bäuerlichen Interessensvertretungen pflegt. Mit der Klimapolitik im eigenen Haus wird sich zeigen, inwieweit Maßnahmen tatsächlich im Sinne einer ambitionierten Emissionsreduktion verfolgt werden – oder ob sie sich eher an den Interessen der Agrarlobby orientieren. Ein Risiko besteht darin, dass klimapolitische Maßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Produktion verwässert oder verzögert werden. Denn die Landwirtschaft ist für elf Prozent der Treibhausgasemissionen in Österreich verantwortlich. Insbesondere Methan- und Lachgas-Emissionen aus der Tierhaltung sind problematisch. Der Bodenverbrauch in Österreich zählt zu den höchsten in Europa, die Versiegelung von Flächen schreitet ungebremst voran. Gleichzeitig wird der Zugang zu Wasserressourcen durch Klimaveränderungen und Nutzungskonflikte immer kritischer. Der Großteil der Agrarförderungen ist noch immer nicht konsequent an Umwelt- und Klimazielen ausgerichtet. Hier wäre ein Kurswechsel nötig, um nachhaltige Bewirtschaftung gezielt zu fördern.

Ob Norbert Totschnig als Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klima tatsächlich eine ambitionierte Klimapolitik umsetzt oder ob die landwirtschaftlichen Interessen dominieren, wird ein zentraler Prüfstein für die neue Regierung.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 4,4 Mrd. Euro	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): mittel	0,5
	Einsparungsbedarf: gering (0,8 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	0,75
Personal	Planstellen im Ministerium: 2.747	0,5
	Beschäftigte in Beteiligungen: 2.818	0,5
Zuständigkeiten	Ausgliederte und nachgelagerte Einheiten: Aufsicht über die Agrarmarkt Austria (sozialpartnerschaftlich verwaltet), Bundesforste, Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft (BFW), AGES (mit Sozialministerium), Spanische Hofreitschule-Bundesgestüt, Umweltbundesamt, KLIEN (Hälfte)	0,5
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Landwirtschaftsgesetz, AMA-Gesetz, Vermarktungsnormengesetz, Marktordnungsgesetz	0,5
	Bewertung: mittel	0,5
Öffentliche Aufmerksamkeit	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: - 1,8	0
Einfluss in der EU	Umweltministerrat, Landwirtschafts- und Fischereirat, Gemeinsame Agrarpolitik, Europäischer Regionalfonds	1
Machtindex	Summe der Punkte	5,25

/ **Bundesministerium für Justiz**Ministerin: **Anna Sporrer (SPÖ)**

Das Justizressort unter der Leitung der bisherigen Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichtshofes Anna Sporrer (SPÖ) steht vor einer der herausforderndsten Legislaturperioden der letzten Jahrzehnte. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) führt derzeit zahlreiche politisch brisante Verfahren, die nicht nur ehemalige Regierungsmitglieder, sondern auch hohe Beamte betreffen. Die Auswirkungen dieser Ermittlungen auf das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Stabilität der Regierung dürften enorm sein.

Die Justizministerin ist zuständig für die Staatsanwaltschaft, die unabhängigen Gerichte und Justizanstalten und bereitet Änderungen der größten Rechtsmaterien des Landes vor. Personaltechnisch kommt ihr die Aufgabe zu, Richter:innen und Direktor:innen der Vollzugsanstalten (Gefängnisse) einzusetzen. Das BMJ beschäftigt viele Personen und verfügt über wenig Budget (2,3 Milliarden Euro.), wobei der Großteil der budgetären Mittel für die Oberlandesgerichte reserviert und dadurch langfristig gebunden ist.

Die Justiz steht nach der Affäre um den verstorbenen Sektionschef Christian Pilnacek weiterhin unter erhöhter Beobachtung. Die Vorwürfe der politischen Einflussnahme und internen Machtkämpfe haben dem Ansehen der Institution geschadet. Die neue Justizministerin muss hier Vertrauen zurückgewinnen und zugleich klarmachen, dass die Justiz unabhängig arbeiten kann. Die langjährige Debatte über das Weisungsrecht des Justizministeriums gegenüber der Staatsanwaltschaft wird erneut an Bedeutung gewinnen. Eine Reform könnte das System langfristig unabhängiger machen, ist politisch jedoch schwer durchsetzbar. Die neue Ministerin muss gegen Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz auftreten und gleichzeitig die Transparenz in Verfahren erhöhen.

Berichte über mangelhafte Betreuung von Insassen, überbelegte Haftanstalten und strukturelle Probleme innerhalb des Strafvollzugs zeigen Reformbedarf auf. Eine Verbesserung der Haftbedingungen sowie eine ausreichende personelle Ausstattung der Justizwache sind essenziell.

Das Justizministerium wird in dieser Regierung eine zentrale Rolle spielen. Die neue Ministerin muss nicht nur mit den Altlasten der vergangenen Jahre umgehen, sondern auch den rechtlichen Rahmen für mehr Transparenz und Unabhängigkeit der Justiz schaffen. Ob diese Reformen an parteipolitischen Widerständen scheitern, wird eine der entscheidenden Fragen der kommenden Jahre sein.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 2,3 Mrd. Euro	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): sehr gering	0
	Einsparungsbedarf: sehr hoch (6,0 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	0
Personal	Planstellen im Ministerium: 12.516	1
	Beschäftigte in Beteiligungen: 679	0,25
Zuständigkeiten	Ausgliederte und nachgelagerte Einheiten: Führungspersonal Justizbetreuungsagentur, Richterstellen (Vorschläge)	0,75
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Straf- und Zivilrecht (ABGB, SGB), Konsumentenschutzgesetz	1
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: gering	0,25
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: +2,0	0,5
Einfluss in der EU	Justiz und Inneres (Justiz, z.B. Datenschutz, Geldwäsche, Grundrechte)	0,5
Machtindex	Summe der Punkte	4,75

/ Bundesministerium für Frauen, Wissenschaft und Forschung

Ministerin: Eva-Maria Holzleitner (SPÖ)



Mit Eva-Maria Holzleitner übernimmt eine profilierte Sozialdemokratin das Wissenschafts- und Frauenministerium. Sie steht vor enormen Herausforderungen, insbesondere in Zeiten knapper Budgets und eines zunehmend unter Druck geratenen Hochschulsystems. Machtpolitisch ist der Teil des Wissenschaftsministeriums von mittlerem Gewicht – es verwaltet ein Milliardenbudget und umfasst mit den Unis deutlich mehr ausgegliederte Einheiten als andere Ressorts. Für Universitäten werden jeweils in eine dreijährige Leistungsvereinbarungsperioden Budgets festgelegt. Für die Periode von 2025 bis 2027 werden 16 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Es gilt, Wissenschaftsfreiheit gegen politische Einflussnahme zu verteidigen – auch angesichts politischer Strömungen, die Wissenschaft auf geopolitischem Level zunehmend infrage stellen. Prekäre Arbeitsverhältnisse, insbesondere für den akademischen Nachwuchs, sind ein drängendes Problem. Die Reform des Universitätsgesetzes könnte hier für stabilere Karriereperspektiven sorgen. Auch die soziale Selektivität im Hochschulbereich bleibt hoch. Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen sind politisch umkämpft – Holzleitner könnte auf eine Öffnung der Hochschulen drängen. Ein zentrales Problem bleibt die unzureichende Finanzierung der Grundlagenforschung: die Förderquote des FWF liegt bei unter 15 Prozent. Bis zur nächsten Periode der Leistungsvereinbarungen ist noch Zeit. Allerdings stehen alle Zeichen auf Sparkurs. Eine Unterfinanzierung würde die Qualität der Lehre und Forschung gefährden. Ein schwieriger Balanceakt wo Holzleitner sich gegenüber dem Finanzministerium durchsetzen müssen.

Das Frauenministerium ist traditionell eines der ressourcenschwächeren Ressorts. Während in den letzten Jahren sein Budget zwar erhöht wurde und 2024 auf 33,6 Millionen Euro stieg, fällt es im Vergleich zu anderen Ministerien extrem klein aus. Der Personalstand ist begrenzt. Weite Teile des Frauenbudgets sind dem Gewaltschutz gewidmet. Während ein Ausbau dringend notwendig ist – gerade vor dem Hintergrund steigender Femizid-Zahlen – sollte die aktive Frauenpolitik auf weitere Maßnahmen setzen. In der letzten Legislaturperiode wurde zudem der „Österreichische Frauenfonds“ gegründet und beschränkt den budgetären Spielraum der Frauenministerin zusätzlich. Fondslösungen bedeuten, dass deren Arbeit nicht der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Es bleibt zu hoffen, dass Holzleitner sich gegenüber dem Koalitionspartner durchsetzen kann und die frauenpolitische Arbeit wieder zurück ins Ministerium holen kann. Gleichstellungspolitik wird gerade in Zeiten von Spardruck oftmals als Luxusproblem abgetan. Holzleitner wird Druck auf die anderen Ressorts ausüben müssen, auch was die Umsetzung von Art 13 (3) BVG (Verpflichtung zu Gender Budgeting) betrifft. Ob ihr das gelingt, hängt nicht zuletzt vom politischen Rückhalt innerhalb der Koalition und vom öffentlichen Druck ab, Gleichstellungspolitik nicht weiter auf die lange Bank zu schieben.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 6,6 Mrd. Euro	0,75
	Frei verfügbares Budget: gering (Einschätzung)	0,25
	Einsparungsbedarf: sehr gering (0,1% Sachaufwand des Ressortbudgets)	1
Personal	Planstellen im Ministerium: 601	0,25
	Beschäftigte in Beteiligungen: 43.439	1
Zuständigkeiten	Ausgegliederte und nachgelagerte Einheiten: Universitäten, ÖAW, IST, OeAD, Bundesanstalt für Geologie, Geophysik, Klimatologie und Meteorologie	0,75
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Hochschulgesetz, Fachhochschulstudiengesetz, Päd. Hochschulen	0,5
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: gering	0,25
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: - 1,3	0
Einfluss in der EU	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Forschung)	0,25
Machtindex	Summe der Punkte	5,0

/ Bundesministerium für Äußeres

Ministerin: Beate Meinl-Reisinger (NEOS)

Staatssekretär: Sepp Schellhorn (NEOS)



Die Chefin der liberalen Partei NEOS wird neue Außenministerin. Ihr Haus verfügt über ein vergleichsweise kleines Budget. Ungefähr ein Drittel davon sind für die Botschaften u.Ä. budgetiert, deren Fixkosten hoch sind. Rund die Hälfte geht an „außenpolitische Maßnahmen“. Die bestehen aus Zuwendungen an die Austrian Development Agency, die UN und die OECD, wobei es hier Koordinationsbedarf mit dem Bundeskanzleramt sowie dem Wirtschaftsministerium gibt. Durch die Ernennung von Botschaftern und die Vertretung Österreichs in der gemeinsamen Außenpolitik der EU kommt der Ministerin eine wichtige Rolle zu.

Für positive Publicity sorgen Auslandsreisen mit Fotostrecken. Weil sich die Außenministerin nicht zwingend in koalitionsinterne Konflikte, die aus nationalen tagespolitischen Debatten resultieren, einmischen muss, haben die Österreicher:innen zumeist eine positive Meinung von der Amtsinhaberin dieses Ministeriums. Als Parteichefin einer kleinen Partei mit nur zwei Regierungsmitgliedern wird sie jedoch zwangsläufig in innenpolitische Debatten verstrickt werden.

Themen hat Meinl-Reisinger genug: Der Krieg in der Ukraine sowie die EU-Sanktionen gegen Russland, die Aufrüstung Europas, der Krieg in Gaza. Ein NATO-Beitritt steht außer Frage, doch mit einem eventuellen militärischen Rückzug der USA unter Donald Trump aus Europa werden die Karten neu gemischt. Viele dieser Themen werden jedoch auch auf Ebene der EU-Regierungschef:innen abgehandelt werden. Verantwortlich ist Meinl-Reisinger auch für die Auslandshilfen an andere Länder (Entwicklungszusammenarbeit), die in den nächsten Jahren leicht gekürzt werden.

Das Ministerium bekommt mit Sepp Schellhorn einen Staatssekretär für Außenwirtschaft. Er hat kaum formale Zuständigkeiten (Aufsicht über die Außenhandelsstellen sowie die österreichischen Kulturinstitute im Ausland), bezeichnet sich jedoch als Deregulierungs-Staatssekretär. Legt er seine Rolle zumindest rhetorisch nach Milei und Elon Musks DOGE an, wird der NEOS-Politiker in die Koalition hineinpoltern und für Unruhe sorgen. Machtpolitisch lehnen die beiden stärkeren Parteien einen extremen Zusammenschritt des Staates ab.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 0,6 Mrd. Euro	0,25
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): sehr gering	0
	Einsparungsbedarf: sehr hoch (3,1% Sachaufwand des Ressortbudgets)	0
Personal	Planstellen im Ministerium: 1.259	0,5
	Beschäftigte in Beteiligungen: 263	0
Zuständigkeiten	Ausgegliederte und nachgelagerte Einheiten: Besetzung von Botschafterposten, Austrian Development Agency, Dipl. Akademie, Österreich Institute (Sprachkurse im Ausland)	0,75
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Entwicklungszusammenarbeitsgesetz	0
	Bewertung: hoch	0,75
Öffentliche Aufmerksamkeit	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: + 6,6	1
Einfluss in der EU	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Außenpolitik)	1
Machtindex	Summe der Punkte	4,25

/ Bundesministerium für Bildung

Minister: Christoph Wiederkehr (NEOS)



Der bisherige Wiener Vizebürgermeister und Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr (NEOS) übernimmt das Bildungsministerium. Dieses zählt zu den ressourcenstärksten Ministerien der Bundesregierung. Mit einem Jahresbudget von 11,6 Milliarden Euro – das dritthöchste nach Sozial- und Finanzministerium – und etwa 46.300 Planstellen verwaltet das Ressort eine zentrale gesellschaftliche Infrastruktur. Doch trotz des hohen Budgets ist der finanzielle Spielraum für Christoph Wiederkehr begrenzt: Über 90 % der Mittel sind fix für Gehälter von Lehrer:innen, Raummieten und Betriebskosten verplant. Politisch steht das Ministerium unter starkem Druck diverser Interessensgruppen – von Lehrgewerkschaften über Elternverbände bis hin zu den Bundesländern, die in der Schulverwaltung entscheidend mitreden.

Mit Wiederkehr übernimmt erstmals ein NEOS-Politiker das Bildungsministerium. Doch ob er innerhalb der neuen Koalition den notwendigen politischen Rückhalt für tiefgreifende Reformen erhält, bleibt offen. Eines der drängendsten Probleme bleibt der Lehrkräftemangel, besonders in MINT-Fächern sowie an Pflichtschulen in ländlichen Regionen und in Ballungszentren mit hohem Migrationsanteil. Der Lehrkräftemangel wird durch den bevorstehenden Pensionsschub der Babyboomer-Generation noch verschärft. Während kurzfristige Maßnahmen wie Quereinsteigerprogramme helfen sollen, braucht es langfristig eine Attraktivierung des Berufs – durch bessere Bezahlung und eine Entlastung von administrativen Aufgaben. Zudem ist das Personalmanagement ineffizient.

Die Bildungsungleichheit in Österreich bleibt hoch. Kinder aus bildungsfernen Haushalten haben signifikant schlechtere Bildungschancen als jene aus Akademikerfamilien. Ein zentraler Hebel wäre der flächendeckende Ausbau ganztägiger Schulangebote mit verschränktem Unterricht. Die Frage ist, ob Wiederkehr den Ausbau politisch vorantreiben und zusätzliche Budgetmittel sichern kann. Der Anteil von Schüler:innen mit nicht-deutscher Erstsprache ist hoch, besonders in urbanen Räumen. Gleichzeitig fehlen Ressourcen für gezielte Sprachförderung und interkulturelle Pädagogik. Die strukturellen Versäumnisse holen das System nun ein. Obwohl das Ministerium formell nur für höhere Schulen zuständig ist, wird Wiederkehr sich dieser Debatte stellen müssen – und daran politisch gemessen werden. Auch die Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen bleibt eine Herausforderung, da es an speziell ausgebildeten Lehrkräften und entsprechender Infrastruktur mangelt.

Ob Wiederkehr sich als durchsetzungsstarker Minister erweist oder ob strukturelle Probleme weiter vertagt werden, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Sicher ist: Ohne zusätzliche Mittel und eine Reform der Verwaltungsstrukturen wird es schwer, die Qualität und Chancengerechtigkeit im Bildungssystem entscheidend zu verbessern.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 11,6Mrd. Euro	1
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): sehr gering	0
	Einsparungsbedarf: gering (0,9 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	0,75
Personal	Planstellen im Ministerium: 46.327	1
	Beschäftigte in Beteiligungen: 0	0
Zuständigkeiten	Ausgliederte und nachgelagerte Einheiten: Bestellung der Bildungsdirektoren, Direktoren (mit Ländern)	0,5
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Schulunterrichtsgesetz, Privatschulen	0,25
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: mittel	0,5
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: - 3,0	0
Einfluss in der EU	Bildungsministerrat	0
Machtindex	Summe der Punkte	4,0

/ Bundesministerium für Landesverteidigung

Ministerin: Klaudia Tanner (ÖVP)



Klaudia Tanner, seit 2020 Verteidigungsministerin (ÖVP), stand in ihrer letzten Amtszeit vor der Herausforderung, das Bundesheer zu modernisieren und die Wehrpflicht attraktiver zu gestalten. Sie wurde wiederholt für mangelnde Investitionen und interne Konflikte innerhalb des Ministeriums kritisiert. Obwohl das Verteidigungsministerium über die drittmeisten Planstellen verfügt, hat es ein dafür relativ kleines (4 Milliarden Euro) und zumeist bereits fest verplantes zugewiesenes Budget. Fast alles geht an das Personal bei den Streitkräften und den dazugehörigen Anlagen (etwa Kasernen oder militärisches Gerät).

Das Bundesheer ist teils nicht einsatzfähig und könnte Österreich im militärischen Ernstfall nur schlecht verteidigen. Großkampfergerät und moderne Ausrüstung ist teuer, genießt aber nur geringe Priorität unter den Wahlberechtigten. Daher spießt sich deren Anschaffung mit den Budgetzielen und anderen Prioritäten für staatliche Ausgaben. Der russische Angriff auf die Ukraine hat eine Trendwende in Europa bewirkt, auch in Österreich. Die Ausgaben für Verteidigung steigen wieder, von 0,7 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung 2023 (BIP) auf 0,82 Prozent für 2024. Dauert der Krieg in der Ukraine länger oder gewinnt Russland, wird der Ausbauplan des Bundesheeres wohl fortgesetzt. Bis 2027 steigt das Budget auf 0,93 Prozent des BIP und ist wohl relativ gut abgesichert, weil Heeres-Beschaffungsvorgänge üblicherweise vertraglich über mehrere Jahre laufen.

Die Verteidigungsministerin hat gelegentlich das Potenzial eine Bühne für sich und das Ministerium zu nützen. Anlass dafür liefern Katastrophenschutz- und Auslandseinsätze. Die österreichische Neutralität inmitten der EU lässt die Verteidigungsministerin eines kleinen Landes jedoch international unwichtig erscheinen. Innenpolitisch könnte die Verteidigungsministerin jedoch eine Rolle spielen: Treibt die FPÖ die ÖVP vor sich her mit Verschärfungen oder rechtswidrigen Forderungen bei Asyl und Migration, könnte das „Spiegelressort“ Verteidigung dagegen ausdrücken müssen.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 4,0 Mrd. Euro	0,5
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): sehr gering	0
	Einsparungsbedarf: sehr hoch (5,3 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	0
Personal	Planstellen im Ministerium: 21.849	1
	Beschäftigte in Beteiligungen: 0	0
Zuständigkeiten	Ausgliederte und nachgelagerte Einheiten: Besetzung von Generalstab und Kommandanten im Bundesheer	0,75
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Zivildienstgesetz, Militärbefugnisgesetz, Auslandseinsatzgesetz	0,25
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: mittel	0,5
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: - 8,1	0
Einfluss in der EU	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Sicherheitspolitik)	0
Machtindex	Summe der Punkte	3,0

/ Kanzleramtsministerin für Familie, Jugend, EU und Integration

Ministerin: Claudia Plakolm (ÖVP)



Die bisherige Staatssekretärin für Jugend Claudia Plakolm übernimmt das Ressort für Familie und Jugend. Dieses bleibt wie schon in der letzten Regierungsperiode im Kanzleramt angesiedelt. Der Familienbereich ist budget- und personalmäßig im Mittelfeld anzusiedeln. Hier werden auch Mittel für familien-, kinder- und jugendunterstützende Leistungen budgetiert, der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ist das zentrale Vehikel für die Abwicklung und Finanzierung der Bundesleistungen. Darunter fallen Transfers wie die Familienbeihilfe oder das Kinderbetreuungsgeld. Der Großteil der Mittel im Familienbereich ist damit gesetzlich an den FLAF gebunden und machen etwa 8% der Gesamtauszahlungen des Bundes aus.

Der FLAF und seine Verrechnung sind komplizierte Konstrukte, die die Interpretation der Macht des Bereiches Familie und Jugend insgesamt erschweren. Denn ein FLAF-Defizit führt nicht unmittelbar zu Leistungskürzungen, weil es durch allgemeine Budgetmittel bedeckt wird. Ein FLAF-Überschuss wird in den so genannten Reservefonds für Familienbeihilfen verschoben und reduziert den Schuldenstand gegenüber dem Bund. Der FLAF und vor allem seine Finanzierung über Dienstgeberbeiträge ist in den letzten Jahren stetiger Angriffe durch die Wirtschaftskammer aber auch die Neos ausgesetzt. Es bleibt offen, inwieweit Plakolm den FLAF als verlässliche Finanzierungsquelle für Familienleistungen verteidigen kann oder selbst dazu beiträgt, dass dieser abgeschafft wird. Käme das Geld für Familienleistungen dann aus dem jährlich zu beschließenden Budget, müssten familienpolitischen Leistungen je nach budgetärem Spielraum von jeder Regierung mühsam neu ausverhandelt werden, wodurch die Gefahr besteht, dass es Leistungen sukzessive gekürzt werden.

Abgesehen vom FLAF ist etwas budgetärer Spielraum vorhanden, um konservative Familien- und Jugendpolitik zu machen. Plakolm ist für die Familienberatungsstellung, und über eine 15a-Vereinbarung für die Kinder- und Jugendhilfe und deren Finanzierung verantwortlich. Auch die Umsetzung der Kinderrechtekonvention ist eine wichtige Aufgabe des Bereiches. Inwieweit hier das Ziel der Halbierung von Kinderarmut durch Einführung einer Kindergrundsicherung budgetär wirklich umsetzbar ist, bleibt fraglich. Außerdem bleibt offen, ob im Rahmen des Kinderbetreuungsgeldes die tatsächliche Väterbeteiligung bei der Karenz wirklich erhöht werden soll. Geplant ist zumindest einen Stufenplan zur Erhöhung der nicht übertragbaren Teile des Kinderbetreuungsgelds zu erarbeiten.

Macht-Kategorien	Einschätzung	Macht-Punkte
Budget	Höhe: 8,9 Mrd. Euro	0,75
	Frei verfügbares Budget (Einschätzung): gering	0,25
	Einsparungsbedarf: mittel (1,3 % Sachaufwand des Ressortbudgets)	0,5
Personal	Planstellen im Ministerium: 286	0
	Beschäftigte in Beteiligungen: 11	0
Zuständigkeiten	Ausgliederte und nachgelagerte Einheiten: Familie & Beruf Management GmbH, Bundesstelle für Sektenfragen	0,25
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Familienberatungsförderungsgesetz, FLAF-Gesetz	0,25
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: gering	0,25
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: - 11,5	0
Einfluss in der EU	Jugendministerrat	0
Machtindex	Summe der Punkte	2,25

/ Methodik

Der Machtindex des Momentum Instituts vergibt pro Ministerium zwischen 0 und 10 Punkten, um die „Gestaltungsmacht“ jeder künftigen Ministerin und jedes künftigen Ministers einzuschätzen. Der Machtindex besteht aus insgesamt zehn Teilindikatoren, die jeweils 0-1 Punkte geben:

1. Budget des Ministeriums (laut vorläufigem Budgeterfolg 2024 mit Stand Februar 2025)
2. Frei verfügbares Budget (Budget, das nicht für Gehälter von Angestellten oder fest vergebene Mittel aufgewendet werden muss)
3. Einsparungsbedarf am Sachaufwand in Prozent des Ressortbudgets
4. Personal im Ministerium selbst sowie in nachgelagerten Dienststellen (z.B. Polizei, Bundesschulen, Universitäten)
5. Beschäftigte in Beteiligungen (z.B. ÖBB, ASFINAG, ÖBAG, usw.)
6. Einfluss auf die strategische Ausrichtung und Führungspersonal bei ausgegliederten und nachgelagerten Einheiten
7. Zugeordnete Rechtsmaterien (welches Ministerium entwirft Änderungen in welchen Gesetzen, und wie bedeutend sind diese)
8. Öffentliche Aufmerksamkeit
9. Beliebtheit vergangener AmtsträgerInnen (OGM Vertrauensindex, Durchschnitt 2012-2024)
10. Einfluss in der EU

Die Punktevergabe in den Kategorien 1, 3, 4, 5, 9 erfolgt auf Basis objektiv nachvollziehbarer Kriterien (z.B. Auszahlungen der Bundesministerien laut vorläufigem Erfolg 2024, Planstellen für Beschäftigte für 2024), während für die Kategorien 2, 6, 7, 8, 10 größtenteils eine subjektive Bewertung notwendig war. Die Budgetplanung und die Zuteilung von Planstellen erfolgen nach Untergliederungen, die nicht in allen Fällen deckungsgleich mit den neuen Ministerien sind. Das Budget wurde soweit möglich nach Zuständigkeit der Ministerien aufgeteilt. Planstellen, die nicht einzeln ausgewiesen sind, wurden anhand des BVA-E 2024 Budgets anteilig den Ministerien zugeteilt. Für die Einschätzung der subjektiven Kategorien wurden Expert:innen-Interviews geführt, die Punktevergabe erfolgte durch die Ökonom:innen des Momentum Instituts. Details zur Punktevergabe bieten die untenstehenden Tabellen.

Tabelle 1: Details zu den 10 Teil-Indikatoren des Momentum Institut „Machtindex“

Macht-Kategorien	Kriterium	Mögliche Punkte
Budget	Höhe: Auszahlungen der Bundesministerien laut vorläufigem Erfolg 2024: Punktevergabe erfolgt nach Höhe der Budgets (siehe Tabelle A)	0-1
	Frei verfügbares Budget: gering bis hoch (Expert:innen-Einschätzung)	0-1
	Einsparungsbedarf: Sachaufwand in Prozent des Ressortbudgets (siehe Tabelle B)	0-1
Personal	Planstellen im Ministerium: Planstellen für 2024 im Ministerium: Punktevergabe erfolgt nach Anzahl der Beschäftigten (siehe Tabelle B)	0-1
	Beschäftigte in Beteiligungen: Beschäftigte in den Beteiligungen: Punktevergabe erfolgt nach Anzahl der Beschäftigten (siehe Tabelle C)	0-1
Zuständigkeiten	Ausgegliederte und nachgelagerte Einheiten: Subjektive Einschätzung mit Hilfe von Expert:innen-Interviews und durch Momentum-Ökonom:innen	0-1
	Zugeordnete Rechtsmaterien: Subjektive Einschätzung auf Basis bedeutender Gesetze, für die das jeweilige Ministerium die Entwurfskompetenz hat	0-1
Öffentliche Aufmerksamkeit	Bewertung: Subjektive Einschätzung mit Hilfe von Expert:innen-Interviews und durch Momentum-Ökonom:innen	0-1
	Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen: Auf Basis des OGM-Vertrauensindex: Durchschnitt der verfügbaren vergangenen Jahre, 2012-2024 (siehe Tabelle D)	0-1
Einfluss in der EU	Subjektive Einschätzung mit Hilfe von Expert:innen-Interviews, durch Momentum-Ökonom:innen, sowie auf Basis von Teilnahmen am Rat der Europäischen Union und europäischer Kompetenzen im Themenbereich des Ministeriums	0-1
Machtindex	Summe der Punkte	0-10

Tabelle A: Umwandlung von Budget in Macht-Punkte

Bewertung		Höhe des Budgets
Punkte von 0 bis 1		in Mrd. Euro
0	sehr gering	< 0,5
0,25	gering	0,5 - 0,99
0,5	mittel	1 - 4,99
0,75	hoch	5 - 9,99
1	sehr hoch	≥ 10

Tabelle B: Umwandlung von Einsparungsbedarf in Macht-Punkte

Bewertung		Höhe der Einsparung
Punkte von 0 bis 1		in Prozent
0	sehr hoch	≥ 3,0
0,25	hoch	1,5 - 3,0
0,5	mittel	1,0 - 1,49
0,75	gering	0,75 - 0,99
1	sehr gering	< 0,75

Tabelle C: Umwandlung von Beschäftigten im Ministerium und nachgelagerten Einheiten, sowie Beschäftigten in Beteiligungen in Macht-Punkte

Bewertung		Beschäftigte
Punkte von 0 bis 1		Anzahl
0		< 500
0,25		500 - 999
0,5		1.000 - 4.999
0,75		5.000 - 9.999
1		≥ 10.000

Tabelle D: Umwandlung von Beliebtheit vergangener Amtsträger:innen in Macht-Punkte

Bewertung		Vertrauensindex
Punkte von 0 bis 1		Durchschnitt
0		< 0
0,5		0 - 3,99
1		≥ 4

© Fotos: Wikimedia, Parlamentsdirektion, Stadt Wien, Land Niederösterreich, Land Steiermark, ÖVP, Verwaltungsgerichtshof, Arbeiterkammer, Oecolution

Zitervorschlag:

Blaha, B., Jüngling, L., Mader, K., Picek, O., Schuster, B., Steinmaßl, P. (2025). *Ministerien-Check: Der Machtindex der neuen Regierung*. Momentum Studie 3/2025.

/ Kontakt

Momentum Institut

Märzstraße 42/1

1150 Wien, Österreich

kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at